

Karossen gegen Kühe

Das EU-Mercosur Abkommen und seine Folgen für Klima, Umwelt und eine ökologische Landwirtschaft

Ende Juni 2019 erzielten die EU und der südamerikanische Wirtschaftsraum Mercosur (Argentinien, Brasilien, Paraguay, Uruguay) eine Grundsatzvereinbarung über ein Handelsabkommen. Nach fast 20 jähriger Verhandlung wollen sie das größte Handelsabkommen der EU abschließen. Der scheidende EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker sprach von einem „historischen Moment“. Handelskommissarin Cecilia Malmström feierte das Abkommen und pries die EU als Vorbild für freien und nachhaltigen Handel. Ein Blick hinter die Kulissen zeigt: Grund zur Freude haben vor allem große Agrarkonzerne. Menschenrechte, Klima-, Umwelt-, und VerbraucherInnenenschutz sowie kleinbäuerliche Betriebe bleiben auf der Strecke.

Kurzer Überblick über ein lange verhandeltes Abkommen

Das EU-Mercosur Abkommen soll vor allem die Handelsschranken zwischen den Wirtschaftsräumen beseitigen. Lange Zeit konnten sich die Verhandlungsführer*innen jedoch nicht darauf einigen, wie viel Rindfleisch, Agrarethanol und Zucker aus dem Mercosur zollfrei in die EU exportiert werden dürfen. Zum anderen wollten die Mercosur-Länder ihre Autoindustrien vor den Importen aus der EU schützen. Greifbare Ergebnisse der mehrfach ausgesetzten und 2016 erneut aufgenommenen Verhandlungen wurden des Öfteren verkündet. Doch bislang waren die Hürden stets zu hoch. Dass diese nun doch überwunden wurden, hat verschiedene Ursachen. Zum einen finden im Oktober Wahlen in Argentinien statt. Ein Sieg des neoliberalen Freihandelsbefürworters Mauricio Macri ist nicht sicher. Der brasilianische Präsident Jair Bolsonaro kämpft nach 7 Monaten Amtszeit mit großen Popularitätsverlusten, unter anderem auf Grund immer neuer Korruptionsvorwürfe. Er braucht dringend eine Erfolgsmeldung. Zum anderen findet derzeit eine Neuaufstellung der europäischen Kommission statt. Auch der immer wieder auffallende Handelskonflikt zwischen den USA und China sowie mögliche US-Zölle gegen europäische Waren dürften die Verhandlungen angespornt haben. Der finale Text der Verhandlungen ist bislang nicht bekannt. Doch aus politischer Notwendigkeit wurde bereits jetzt ein Erfolg der scheinbar endlosen Verhandlungen verkündet und am 1. Juli eine Grundsatzvereinbarung sowie wenig später einige Kapitel veröffentlicht.

Ein Geschenk für die Agrarlobby – ein schwarzer Tag für bäuerliche Betriebe

Für die internationalen Saatgut- und Pestizidhersteller und die Lebensmittelindustrie ist das Mercosur-Abkommen einer der wichtigsten Handelsverträge der EU. Denn der Löwenanteil der europäischen Agrar- und Lebensmittelimporte stammt aus dem südamerikanischen Verbund. Die EU importiert jährlich landwirtschaftliche Güter in Höhe von 20 Mrd. Euro aus dem Mercosur. Die Importe werden mit Inkrafttreten des Abkommens weiter anwachsen. Laut Grundsatzvereinbarung wird die EU ihren Agrarsektor zu 82% sofort öffnen, sprich für eine Reihe von Früchten wie Äpfel und Birnen, Gemüse, einige Fischarten und Gewürze auf 0 senken. Für Soja gibt es schon jetzt keine Zölle. In sensiblen Bereichen wie

Fleisch, Zucker, Reis, Honig und Agrarethanol wurden Quoten festgelegt, die die Einfuhr über den Zeitraum von einigen Jahren nach wie vor beschränken. Insgesamt könnte der Anteil des Mercosur an den gesamten Lebensmittelimporten der EU durch das Abkommen bis 2025 von derzeit 17 auf 25 Prozent anschwellen, so die Berechnungen des EU-Forschungsdienstes.

Die bereits in einigen Produktgruppen bestehende Abhängigkeit der EU vom Mercosur würde sich so verschärfen. Soja beispielsweise landet schon heute massenhaft in den Futtertrögen der europäischen Tierfabriken. 94 Prozent des Sojaschrots und 52 Prozent der Sojabohnen, die die EU auf dem Weltmarkt einkauft, stammen aus dem Mercosur. Dabei handelt es sich nicht um nach ökologisch nachhaltigen Standards angebaute Soja. Vielmehr stammt die importierte Soja aus Monokulturen. Häufig ist sie genetisch verändert, und regelmäßig wird sie mit Agrargiften (vor allem Glyphosat) besprüht. Einen Großteil der Importe machen Sorten des inzwischen zum deutschen Konzern Bayer AG gehörenden Monsanto aus. Um die ausländische Nachfrage nach Soja und anderen Agrarerzeugnissen zu decken, sind bereits jetzt Großteile der Mercosur-Länder mit Monokulturen gentechnisch veränderter Pflanzen bedeckt. In Argentinien beispielsweise sind 60% der gesamten Ackerfläche mit Soja bepflanzt. Die Pflanzen sind zu fast 100% gentechnisch manipuliert.

Noch dürfen Bäuer*innen in den Mercosur-Ländern auch ihr eigenes Saatgut züchten und pflanzen. Dadurch erhalten sie sich ein Stück Unabhängigkeit gegenüber den großen Saatgutproduzenten. Das EU-Mercosur Abkommen könnte Argentinien, Brasilien, Uruguay und Paraguay jedoch dazu verpflichten, dem internationalen Übereinkommen zum Schutz von Pflanzenzüchtungen aus dem Jahr 1991 (UPOV91) beizutreten. Dieses Übereinkommen verbietet es Bäuer*innen, ihr eigenes Saatgut zu züchten. Es führt zu einer fortschreitenden Privatisierung des Saatgutsektors, die vor allem im Interesse transnationaler Konzerne ist. Es bleibt jedoch abzuwarten, was der finale Text des Abkommens diesbezüglich enthält. Der veröffentlichten Grundsatzvereinbarung ist lediglich zu entnehmen, dass die Parteien bei der Förderung des Schutzes von Pflanzenzüchtungen weiterhin kooperieren wollen.

Geht es nach den Verhandlungsparteien werden zukünftig auch europäische Autos vermehrt mit „Bioethanol“ aus südamerikani-

Foto © Neil Palmer_CKAT



schem Zuckerrohr betankt. 200.000 Tonnen sollen mit geringeren Zöllen in die EU eingeführt werden dürfen. Zum Vergleich, Brasilien, das derzeit der wichtigste Mercosur-Exporteur von „Biotreibstoff“ ist, führte 2017 nur knapp 15.000 Tonnen in die EU aus. Zuckerrohr bedeckt bereits jetzt 9 Millionen Hektar des brasilianischen Ackerlandes. Das entspricht mehr als Dreiviertel der gesamten Ackerfläche Deutschlands.

Durch das EU-Mercosur Abkommen werden landwirtschaftliche Monokulturen in den südamerikanischen Ländern befördert. Große, industriell bewirtschaftete Flächen verdrängen kleine Bäuer*innen, die Nahrungsmittel für die lokalen Märkte produzieren. Die Auswirkungen dieser Form der Landwirtschaft sind Bodenerosion und -kontamination, Verlust von Artenvielfalt und die Verseuchung

Kühe gegen Pferdestärken

Die Exportschlager des Mercosur umfassen jedoch nicht nur Soja und Zuckerrohr. Vor allem Brasilien und Argentinien gehören zu den größten Fleischexporteuren der Welt. Das spiegelt sich auch auf dem europäischen Markt wider. 73 Prozent der Rindfleischimporte und 56 Prozent der Hühnerfleischimporte in die EU stammen aus dem südamerikanischen Wirtschaftsverbund. Das geplante Abkommen mit der EU soll die gehandelten Fleischmengen nochmals steigern. 99.000 Tonnen Rindfleisch, 180.000 Tonnen Hühnerfleisch und 25.000 Tonnen Schweinefleisch weist die Grundsatzvereinbarung aus. Im Gegenzug senken die Länder des Mercosur ihre Zölle für mehr als 90% aller aus der EU importierten Autos, Autoteile, Maschinen, chemischen Produkte und Medikamente. Dies ist ein herber Rückschlag für die Industrie, vor allem in Brasilien und Argentinien, die nicht so wettbewerbsfähig ist wie die europäische. Guillermo Moretti, Vizepräsident des Argentinischen Industrieverbandes sagte kurz nach Bekanntgabe der Grundsatzvereinbarung: „Ich bin besorgt. Die Länder, die dieses Abkommen ausgehandelt haben, weisen ein Handelsbilanzdefizit mit der Europäischen Union auf. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) der EU ist 5 Mal so groß wie das des Mercosur und dort werden 10 Mal so viele Patente angemel-

det wie bei uns. Die Auswirkungen des Abkommens auf den südamerikanischen Markt werden massiv sein.“

Auch in Europa ist die Ankündigung einer Übereinkunft zwischen den Vertragsparteien kritisch aufgenommen worden. Vor allem die Bauern und Bäuerinnen sind besorgt. Selbst Joachim Rukwied, Präsident des Deutschen Bauernverbandes, der sich bislang vielmehr positiv gegenüber Handelsabkommen ausgesprochen hatte, erklärte: „Es ist nicht zu akzeptieren, dass die EU-Kommission diese völlig unausgewogene Vereinbarung unterzeichnet. Dieses Handelsabkommen ist Doppelmoral pur. Die Landwirtschaft darf nicht zugunsten der Automobilindustrie geopfert werden.“ Berit Thomsen, Handelsreferentin der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft wies zudem auf die schlechte Öko- und Klimabilanz des Abkommens hin. „Wir importieren aus diesen Ländern künftig nicht nur Rindfleisch, sondern die mit der stark industriellen Produktion verbundenen Klimaschäden und menschenunwürdigen Produktionsbedingungen.“

EU-Mercosur – schlecht für Mensch und Natur

Tatsächlich führen die Ausbreitung der Rinderherden, aber auch der Anbauflächen von Monokulturen in den südamerikanischen Ländern zu einer Vertreibung von Kleinbauern und der indigenen Bevölkerung von ihrem Land. In Brasilien etwa registrierte die Landpastorale CPT (Comissão Pastoral da Terra) in den vergangenen drei Jahren eine Verdopplung der Landkonflikte. So kam es 2017 zu 70 Morden an Kleinbäuer*innen, Indigenen und Aktivist*innen, die sich gegen das vordringende Agrobusiness wehrten. Die CPT dokumentiert ebenfalls die grassierende Straflosigkeit. Im Zeitraum 1985 bis 2017 wurden demnach über 1.900 Menschen in Landkonflikten ermordet. Doch nur in acht Prozent der Fälle kam es zu Verurteilungen.

Zudem sind die Entwaldungsraten in allen 4 Ländern des Mercosur extrem hoch. Argentinien gehört zu den 10 Ländern, die weltweit am meisten von Entwaldung betroffen sind. In Brasilien verschwand in weniger als einem Jahr eine Fläche des Regenwaldes,

die etwa 5 Mal so groß ist wie London. Das Abkommen zwischen dem Mercosur und der EU würde zu einer noch konzentrierteren landwirtschaftlichen Produktion führen. Um die verlorenen Zolleinnahmen in Höhe von 4 Milliarden Euro zu kompensieren, müssen die südamerikanischen Länder wesentlich mehr exportieren. Da die industriellen Produkte der Mercosur-Länder nicht wettbewerbsfähig sind, kann der Industriesektor die Einnahmeausfälle nicht abfangen. Die Konsequenz aus dem Mercosur-Abkommen und der Fokussierung auf die landwirtschaftliche Produktion wird die verstärkte Abholzung des so dringend für die Bekämpfung der Klimakrise benötigten Amazonas-Regenwaldes und anderer Urwälder sein. Da hilft es auch nichts, dass sich die Vertragsparteien dazu verpflichten, das Pariser Klimaabkommen effektiv umzusetzen. Denn gerade diese „Verpflichtung“ fällt unter das Nachhaltigkeitskapitel, das, anders als die anderen Kapitel, keine verbindlichen Durchsetzungsmechanismen hat. Das bedeutet, der Staat-Staat Streitschlichtungsmechanismus kann nicht auf diese Kapitel angewandt werden. Vielmehr bleibt es bei Empfehlungen, deren Umsetzung nicht über Sanktionsmaßnahmen durchgesetzt werden kann.

Was schlecht ist fürs Tier, kann für den Menschen nicht gut sein

Auch die Zustände in den Tierfabriken des Mercosur lassen zu wünschen übrig. Hormone, Pestizid- und Tiermedikamentenrückstände sowie Gen-Soja – so sieht das Menü aus, das bei Verbraucher*innen in der EU mit dem Inkrafttreten des Abkommens vermehrt auf den Tisch käme. Um präventiv Risiken abzuwehren und Verbraucher*innen zu schützen, wurde in der EU das Vorsorgeprinzip rechtlich verankert. Dieses Prinzip lässt Produkte erst dann zu, wenn alle möglichen Gefahren in Betracht gezogen wurden. Bestehen glaubwürdige Risiken, die derzeit wissenschaftlich noch nicht nachprüfbar sind, müssen sie bei der Zulassung eines Produkts dennoch in Betracht gezogen werden.

Nichtsdestotrotz brachte die EU selbst einen Artikel zur Beschleunigung der Exportgenehmigung für tierische Produkte in das Handelsabkommen ein. Danach verzichtet das Importland auf Kontrollen einzelner Viehbetriebe, wenn das Exportland „ausreichende Garantien“ erbringt, dass diese die Standards des importierenden Landes einhalten. Ferner soll die Häufigkeit der Importkontrollen sogar reduziert werden. Die ständigen Lebensmittelskandale und die auch auf Grund geringer Finanzierung nicht durchführbaren Kontrollen durch Behörden spotten diesen Klauseln Hohn.

Obgleich die EU-Kommission an das Vorsorgeprinzip gebunden ist, hat sie es nicht in dem Kapitel zu Lebensmittelsicherheit verankert. Tatsächlich findet sich im gesamten Entwurf des Vertragstextes (von 2018) nur eine einzige Erwähnung des Vorsorgeprinzips – ebenfalls in dem nicht sanktionsbewehrten Nachhaltigkeitskapitel.

Eine nachhaltige und faire Handelspolitik sieht anders aus

Die zahlreichen sozialen und ökologischen Risiken verdeutlichen, dass ein Abschluss des EU-Mercosur-Abkommens nicht verantwortbar ist. Der Entwurf des Verhandlungstextes von 2018 sowie die gerade veröffentlichte Grundsatzvereinbarung übertreffen viele Befürchtungen all jener, die den Verhandlungen des Abkommens folgen. Umwelt-, Klima- und Verbraucher*innenschutz werden wirtschaftlichen Interessen untergeordnet. Die durch das Abkom-



Foto © UNIDO_ agro Industry

men vorangetriebene Liberalisierungsstrategie erschwert die Förderung ökologischer Landwirtschaft und kleinbäuerlicher Produktion auf beiden Seiten des Atlantiks. Gleichzeitig wird die Position des Globalen Südens als Rohstoff- und Lebensmittellieferanten in der internationalen Arbeitsteilung festgeschrieben – und damit auch ihre Abhängigkeit von den Industrieländern.

Doch noch ist das Abkommen nicht unterzeichnet und die Verhandlungen sind nicht beendet. Einige Länder wie Frankreich, Irland und Polen haben bereits Bedenken angemeldet. Es kann also noch einige Zeit dauern, bis das Abkommen dem EU-Rat, dem EU-Parlament sowie den nationalen Parlamenten zur Ratifizierung vorgelegt wird. Diese Zeit sollten die Organisationen, die sich bereits in der Vergangenheit gegen klima- und umweltschädliche Handelsabkommen ausgesprochen haben, nutzen, um öffentliche Aufmerksamkeit für die desaströsen Konsequenzen dieses Abkommens zu generieren. Angesichts der Klimakrise, des massiven Verlustes an Biodiversität, der wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich, Nord und Süd, dürfen keine weiteren Abkommen unterzeichnet werden, die dieser Realität keine Rechnung tragen. TTIP konnte gestoppt werden – warum nicht auch EU-Mercosur?

Autorin: Bettina Müller

Sie ist Politikwissenschaftlerin und arbeitet als Referentin für Handels- und Investitionspolitik bei PowerShift e.V.

Zum Weiterlesen:

- ▶ New EU-Mercosur trade agreement. The Agreement in Principle. Europäische Kommission. 01.07.2019. Online abrufbar: http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2019/june/tradoc_157964.pdf
- ▶ Das EU Assoziationsabkommen mit dem Mercosur - Frontalangriff auf bäuerliche Landwirtschaft, Menschenrechte, Umwelt- und Klimaschutz. Alessa Hartmann, PowerShift e.V., 15.06.2018. Online abrufbar: <https://power-shift.de/das-eu-assoziationsabkommen-mit-dem-mercotur-frontalangriff-auf-bauerliche-landwirtschaft-menschen-rechte-umwelt-und-klimaschutz/>
- ▶ Das EU-Mercosur-Abkommen auf dem Prüfstand. Soziale, ökologische und menschenrechtliche Folgen. Thomas Fritz, Misereor, 12.2017. Online abrufbar: https://www.misereor.de/fileadmin/user_upload/Studie_MERCOSUR_Misereor.pdf
- ▶ EU-Mercosur FTA: 27 draft chapters (Feb 2018). Bilaterals.org. 29.03.2018. Online abrufbar: <https://www.bilaterals.org/?eu-mercotur-fta-27-draft-chapters&lang=en>

Buchbesprechung

Mira Kell

Zwischen Gülle und Idylle

46 Seiten

ISBN 978 3 8422 4613 3

Zur Abwechslung mal Gedichte. Amüsant mit einem ernsten Unterton beschreibt die Autorin die echte und verschwundene Idylle in ihrem Dorf in der Heide. Das kleine Büchlein eignet sich als Geschenk oder zum Einstieg in eine thematische Diskussion.

Bilanz

Zwischen Gülle und Idylle
war da je ein Gleichgewicht?

Für die die vom Lande leben,
hat 's Idylle nie gegeben.

Denn aus eines Bauern Sicht
muss die Landwirtschaft sich lohnen.

Ländliche Idylle schonen
hält er nicht für seine Pflicht.

Hat erst Gülle ungehemmt
alle Vielfalt weggeschwemmt,
überlebt auch er das nicht.

Dokumentarfilm

Bukinable rising

71 Minuten franz/Englische OF mit Englischen Untertiteln

Der Film von Lara Lee zeigt kreative friedliche Proteste gegen die Regierung in Burkina Faso 2014. Er ist eine Inspiration und zeigt ein so ganz anderes, positives, starkes Afrika wie es sonst in den Medien nicht oft erscheint. Dass es keine deutschen Untertitel gibt, sollte niemanden abschrecken, die Botschaft ist auch so deutlich.

<https://culturesofresistancefilms.com/burkinabe-rising>

Neue Poster Ausstellung zum Verleih

Wir haben eine neue Posterausstellung zum Thema Agrarökologie die das erste Mal auf dem Evangelischen Kirchentag gezeigt wurde. Die drei Poster im A0 Format können ausgeliehen werden für Veranstaltungen und werden per Post verschickt. Auch zu den Themen Futtermittelimporte, Moderne Landwirtschaft und der Rolle der Kleinbauern gibt es entsprechende Verleihangebote. Siehe Internetseite unter Projekte.

Volksbegehren Artensterben in Brandenburg und Baden-Württemberg

In Folge auf den Erfolg des bayrischen Volksbegehrens „Artenvielfalt - Rettet die Bienen“ haben die brandenburgischen Naturschutzverbände ebenfalls eine Initiative für den Artenschutz angesetzt. Anliegen der Volksinitiative ist es, dem durch zahlreiche Studien belegten dramatischen Artenschwund bei Insekten, Feldvögeln, Amphibien und Pflanzen aktiv entgegenzuwirken. Die Volksinitiative will Rahmenbedingungen für einen verbesserten Schutz der Artenvielfalt in Brandenburg festlegen. Daher haben die Initiatoren ihre wichtigsten Forderungen in konkrete Gesetzesvorschläge einfließen lassen.

www.Artenvielfalt-Brandenburg.de

Volksbegehren Artenschutz Rettet die Bienen

in Baden-Württemberg:

<https://volksbegehren-artenschutz.de>

Mitgliederversammlung FIA e.V.

Die MV für FIA e.V. ist am 30.9.2019 in Hamburg von 11 bis 15 Uhr. Wir freuen uns auf eine zahlreichen Teilnahme.

Liebe Leserinnen und Leser,

dem Agrar Info beigelegt ist heute unsere neue kleine Broschüre „Agrarökologie und Freihandelsabkommen – ein Widerspruch“. Wir hoffen, dass sie Ihnen gefällt. Das Konzept von Agrarökologie ist vielschichtig und nicht überall gleich. Das ist der Charme und die Gefahr daran. Wir müssen wachsam sein, dass sich nicht jeder der es für opportun hält, sich auf die Fahnen schreiben kann, agrarökologisch zu handeln. Es gehört sehr viel dazu, besonders die soziale Dimension und der Bewegungskarakter.

Das Mercosur Abkommen hätte hohe Fleischimporte nach Europa zur Folge. Unsere Bauern können preislich nicht konkurrieren. Rindfleisch und Hühnerfleisch haben wir doch selbst! Abschotten, zumachen? Geht auch nicht. Aber man könnte auf die Anbaubedingungen und die sozialen Standards in den Exportländern Einfluss nehmen. Brasilien zeigt, wie schnell sich durch politische Veränderungen die in die richtige Richtung gegangenen Bemühungen zunichte gemacht werden können. Die Regierung

Bolsonaro muss erkennen, dass es wirtschaftliche Konsequenzen hat, wenn man sich über alles hinwegsetzt, was bei den Handelspartnern gewünscht ist. Leider ist die Alternative z.B. Soja aus den USA zu importieren, wie es die US amerikanische Regierung gerne durchsetzen will, auch keine gute Alternative, denn dieses Soja ist gentechnisch verändert und mit Pestiziden behandelt, die wahrscheinlich noch schlimmer sind als Glyphosat. Der Handel mit Agrarrohstoffen aus den USA muss kritisch hinterfragt werden, auch wenn sich die Regenwaldproblematik dort nicht stellt.

Mireille Remesch wird im Oktober nach Brasilien reisen und in einer Reportage beschreiben, wie sich die Politik der neuen Regierung auf den einst hoffnungsvollen Anfang einer agrarökologischen Wende auswirkt und wie wir die unterstützen können, die daran festhalten wollen. Sie wird Fotos und O-Töne mitbringen.

Trotz aller traurigen Nachrichten wünschen wir Ihnen einen schönen Sommer(urlaub).

Ihre Agrar Koordination

Ursula Gröhn-Wittern

IMPRESSUM

6 Ausgaben im Jahr kosten € 10,80 für die E-Mailausgabe und 16,80 für die Druckausgabe (Lastschrift) inklusive Porto für den Versand im Inland. Für ein Auslandsabo stellen wir das erhöhte Porto in Rechnung.

Herausgeber: Forum für internationale Agrarpolitik FIA e.V. (gemeinnützig).

Spendenquittungen werden ausgestellt.

Redaktion: Agrar Koordination, Ursula Gröhn-Wittern, Nernstweg 32, 22765 Hamburg,

Tel.: 040 39 25 26; Fax 040 399 00 629; info@agrarkoordination.de, www.agrarkoordination.de

Bankverbindung: Forum für internationale Agrarpolitik (FIA) e.V., GLS Bank, IBAN: DE29 4306 0967 2029 5635

Druck: RESET ST. PAULI Druckerei, 100 % recycling Papier

Diese Publikation wird unterstützt von:

Brot für die Welt mit Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes



MISEREOR
IHR HILFSWERK